

## EU-Kommission will Asylrecht aufweichen

Europaweit soll künftig ein einheitliches Asylrecht herrschen. Derartige Pläne hat die EU-Kommission jetzt vorgestellt. Bis 2012 soll in allen Mitgliedsstaaten eine Regelung gelten, die „eine faire Lastenteilung“ ermöglicht, wie Innenkommissarin Cecilia Malmström aus Schweden betont. Für die Durchsetzung reicht seit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages sogar die qualifizierte Mehrheit.

In den Plänen ist eine Aufhebung der „Flughafenregelung“ vorgesehen. Das heißt, dass Scheinasylanten nicht mehr auf neutralem Boden angehalten werden können, um sie sodann wieder in ihr Herkunftsland zurückzubringen. Dies geschieht derzeit wenn sich die Ansuchen von vornherein als aussichtslos erweisen. Der Flughafen wird aus diesem Grund zu einer neutralen Zone erklärt – Asylwerber betreten also nie den Boden des Einreiselandes.

Auch die Dauer von Asylverfahren soll vereinheitlicht werden. Sechs Monate soll diese betragen, wobei die Möglichkeit einer sechsmonatigen Verlängerung besteht. Um die Verfahrensfähigkeit sicherzustellen, sollen die Anwärter europaweit Anspruch auf medizinische Leistungen haben. Des Weiteren sollen sie bei der Sozialhilfe mit den Inlandsbürgern gleichgestellt werden und nach spätestens sechs Monaten uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

## Schubhaftzentrum in Vordernberg kostet 20 Mill. Euro

Um 20 Millionen Euro errichtet die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) bis zum Herbst 2012 in der obersteirischen Gemeinde Vordernberg ein Schubhaftzentrum. Der Ort hatte sich im Vorjahr bei Innenministerin Fekter um ein solches beworben. Das positive Ergebnis einer manipulativen Bürgerbefragung veranlaßte Fekter schließlich zur fixen Zusage.

220 Schubhäftlinge, aufgeteilt auf Wohneinheiten für je 20 Personen, werden in der neuen Anlage Platz finden. Terrassen und begrünte Innenhöfe sollen möglichst viel Bewegungsfreiheit bieten. Ringsherum abgetrennt wird das Gebäude durch ein Verwaltungsgebäude sowie einen Zaun.

Laut Innenministerium soll in dem Gebäude „die Achtung der Menschenwürde“ im Mittelpunkt stehen, bevor die Schubhäftlinge dann auf dem Landweg oder per Flugzeug von Graz oder Zeltweg aus abgeschoben werden. Der Menschenrechtsbeirat hat sich bereits „sehr wohlwollend“ über das Siegerprojekt der SUE-Architekten aus Wien geäußert. Bürgermeister Walter Hubner (SPÖ) freute sich erneut über die „Jahrhundertchance“ und mögliche 117 neue Jobs für seinen Ort.

Heftige Kritik an dem Millionenprojekt kommt unterdessen von der Opposition. Für Gerhard Kurzmann, Chef der steirischen FPÖ, ist das Luxusgebäude „eine Provokation des österreichischen Steuerzahlers, die sich keine derart komfortable Unterbringung leisten könnten“.

## Jugend: Jeder Zehnte

### ohne Job

#### *igrationshintergrund besonders problematisch*

Die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich ist zwar im EU-Schnitt gering, steigt aber weiter. Jeder zehnte Jugendliche hat keinen Job, in der EU sucht jeder Fünfte noch Arbeit.

Laut Wirtschaftsministerium ist die Arbeitslosigkeit bei Personen mit Migrationshintergrund eine der größten Herausforderungen. Es sei davon auszugehen, daß rund ein Drittel bis maximal die Hälfte dieser Jugendlichen ohne weiterführenden Abschluß aus dem Bildungssystem ausscheiden, während der Anteil bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund deutlich unter zehn Prozent liege.

Der Bericht empfiehlt die Einführung eines Unterrichtsgegenstandes „Berufsorientierung“, denn die bisherige integrierte Form habe sich für benachteiligte Jugendliche als unzureichend erwiesen. Stärkere Förderung verdienen auch außerschulische Berufsorientierungsangebote wie die „Schnupperlehre“.

## ZITAT

George Bernard Shaw: „Für einen Politiker ist es gefährlich die Wahrheit zu sagen. Die Leute könnten sich daran gewöhnen, die Wahrheit hören zu wollen.“

## Griechisches

Bundesbankpräsident Axel Weber über die Situation in Griechenland: „Rausdrängen aus dem EURO kann die EU nicht - obwohl es sich 1999 mit Hilfe gefälschter Etatzahlen in den gemeinsamen Währungsraum geschlichen hatte.“

## Zum 8. Mai 1945

Gedenktage sind Tage der Besinnung, der Erinnerung, der Bilanz. Der 40. Jahrestag der militärischen Kapitulation Deutschlands beschäftigt die bundesrepublikanischen Medien seit Monaten. Die Unverfrorenheit des Versuchs, uns den 8. Mai 1945 als Datum der Befreiung schmackhaft zu machen, wird nur durch die Schamlosigkeit der Begründungen dafür übertroffen. Der 8. Mai scheint des Schicksals sicher zu sein, im Öffentlichen ein Tag der Heuchelei zu werden. Am 8. Mai 1945 wurde in Europa der Krieg beendet. Wer diesen Tag mit Bewußtsein erlebt hat, wer sich an ihn erinnert ohne die Beschönigungen, Verzerrungen, Beflissenenheiten und Lügen, mit denen seit Jahrzehnten unsere Geschichte und insbesondere unsere jüngere und jüngste Vergangenheit ungenießbar gemacht wird, der weiß es besser. Daran muß jeder von uns festhalten, ohne Konzessionen an das, was bequem ist, was gern gehört wird von denjenigen, die den politisch-offiziellen Beifall spenden. Opportunisten sind die Totengräber der deutschen Selbstbehauptung.

Der 8. Mai 1945 war ein Tag des Elends, der Qual, der Trauer. Deutschland, das deutsche Volk hatten sechs Jahre lang im gewaltigsten Krieg aller Zeiten um die Existenz gekämpft. Die Tapferkeit und Opferbereitschaft der Soldaten, die Charakterstärke und Unerschütterlichkeit der Frauen und Männer im Bombenhagel des alliierten Luftterrors, die Tränen der Mütter, der Waisen, wer die Erinnerung daran zuschanden macht, lähmt unseren Willen zur Selbstbehauptung. Daran sollten wir am 8. Mai denken.

Die Sieger von 1945 erklären, für die Rettung der Humanität einen Kreuzzug gegen Deutschland geführt und gewonnen zu haben. Geführt auch mit den Mitteln eines Bombenkrieges, der das Kind, die Frauen, die Flüchtenden, die Greise genauso als Feind behandelte wie den regulären Soldaten. Der Tag der militärischen Kapitulation der deutschen Armee brachte den Alliierten den Frieden. Abermillionen von Deutschen brachte er die Hölle auf Erden. Haben die Sieger von 1945 keinen Anlaß danach zu fragen, mit welchen Verbrechen sie dem Triumph ihres Kreuzzuges für die bedrohten Menschheitswerte das Siegel aufgedrückt haben? In jenen Friedensjahren nach der Kapitulation, in denen von Ostpreußen bis nach Jugoslawien Deutsche erschlagen, hingemetzelt, vergewaltigt, gefoltert, vertrieben wurden - in jenen Jahren, die man uns jetzt zumutet, als Zeit der Befreiung und Wiege einer Zukunft zu feiern, die uns zum ersten Mal in unserer tausendjährigen Geschichte „Freiheit, Recht und Menschenwürde“ gebracht haben soll? Denken wir daran am 8. Mai.

Wer im 20. Jahrhundert einen Krieg verliert, wird vom Sieger zum Schuldigen und Verbrecher erklärt. Wie soll man das Wertesystem derjenigen einschätzen, die mit denselben Urteilskategorien dem deutschen Volk 1945 jede Moral und alle Rechte bestritten und wenige Jahre später, als deutsche Männer wieder als Soldaten gebraucht wurden, das deutsche Volk plötzlich als würdig erachteten, westliche und östliche Interessen mit der Waffe zu verteidigen? Auch daran sollten wir am 8. Mai denken.

Der 8. Mai erinnert uns daran, daß wir besiegt wurden. Ja, wenn es nur die militärische Niederlage gewesen wäre. Es hätte nicht einmal das uralte Muster jener Kriege sein müssen, bei denen die Niederlagen kaum weniger ehrenvoll waren als die Siege. Aber Schuld eines ganzen Volkes für Verbrechen, die es als Volk nicht begangen hat, weil ein Volk keine Verbrechen begehen kann, sondern immer nur der Einzelne? Wenn von Schuld die Rede ist, dann auch von jener Schuld, daß wir nicht die Kraft und den Mut besaßen, uns gegen die generelle Herabsetzung zu wehren und uns nicht die Würde rauben zu lassen. Standfestigkeit und Unbeirrbarkeit wären um so nötiger gewesen, als uns das Gift der moralischen Selbstzerstörung Jahr für Jahr eingeträufelt wurde. Und wir wußten davon - denken wir daran.

Wir haben keinen Grund, den 8. Mai zu feiern. Feiern sollen diejenigen, die sich für die Sieger halten. Wie unsere früheren Gegner, die sich heute als unsere Freunde bezeichnen, ihre Feiern am 8. Mai mit dieser Freundschaft 1945 in Einklang bringen, ist allerdings nicht nur ihr eigenes Problem. Für uns ist es eine Gelegenheit, daran zu erinnern, daß die neue Zukunft, die uns von den Siegern 1945 beschert wurde, für unser Reich das Grab und für Deutschland und das deutsche Volk die Katastrophe seiner Zerstückelung bedeutete. Die Siegesparaden der früheren Alliierten werden uns nur zeigen, daß wir noch immer die Besiegten von 1945 sind, daß unser Land besetztes Land ist und unsere regionale Souveränität eine von Gnaden der Sieger mit Vorbehalten gewährte Souveränität. Daran müssen wir denken.

Die 40. Wiederkehr des 8. Mai 1945 ist das Fest der Sieger. Es ist nicht unser Fest. Uns dagegen steht die Erinnerung an Wahrheiten zu, deren Gehalt von keinem Datum abhängt. Zur Lebensgeschichte des Einzelnen wie zur Geschichte eines Volkes gehören die Niederlagen genauso wie die Triumphe. Nur dann, wenn sich der Einzelne, wenn sich ein Volk selbst aufgibt und sklavisch unterwirft, geht alles verloren - in der Variante einer Feststellung des römischen Kaisers Mark Aurel: »Laß dir die Vergangenheit, laß dir die Zukunft nicht verfälschen. Du wirst, wenn es nötig ist, schon hinkommen, mit Hilfe derselben Geisteskraft, die dich das Gegenwärtige ertragen läßt.

*(Hellmut Diwald, Zum 8. Mai, Witikobrief Nr. 3, 1985)*

## Erklärungsnotstand auf dem Wiener Albertina-Platz

Fiaker auf dem Wiener Albertina-Platz (heute Helmut-Zilk-Platz) haben schon Probleme genug, ihren Kunden das verunglückte Antifaschismus-Denkmal des Staats- und Partekünstlers Alfred Hrdlicka zu erläutern, aber es wird noch komplizierter, das Kreuz zu erklären, das eine Privatperson in das unbebaute Erdreich dahinter gesteckt hat. Es soll den dort nach einem alliierten Bombenangriff verschütteten 300 bis 700 Opfern gedenken, weil die vormalige große Gedenktafel für diese Grabstätte verschwunden ist. Die Fiaker glauben nicht, daß das aus „politischer Korrektheit“ geschehen sei.

## Völlig unbeachtet

verging ein Jahrestag in Wien, mit Ausnahme von ein paar geschickten Kranzniederlegern beim - im Volksmund - „Russendenkmal“ auf dem Schwarzenbergplatz. Das Denkmal muß laut Staatsvertrag von uns erhalten werden, aber nicht einmal Schulklassen kann man zwangsrekrutieren, um diesen Jahrestag zu feiern. Den 13. April 1945, als Wien brannte, die Sowjets in Wien einfielen und die Leute von allem befreiten, was sie noch hatten. In den Kellern saßen Frauen und Mädchen und zitterten um ihr Leben - zu Recht, wie man weiß. In den Dörfern rings um Wien war die Hölle los - das Haus meiner Großeltern an der Brünnerstraße wurde noch Wochen nach der „Befreiung“ von vorbeiziehenden, betrunkenen Sowjetsoldaten angezündet.

In der WIENER ZEITUNG, im Besitz der Republik, erschien der Leserbrief einer Frau Mag. Charlotte Rombach - den wollen wir euch nicht vorenthalten:

### *Ein wichtiger Jahrestag blieb unbeachtet*

*Am 13. April 2010 war es 65 Jahre her, daß die Rote Armee Wien befreit hat: befreit hat von der Deutschen Wehrmacht, von den faschistischen Hitler-Truppen.*

*Ich war an diesem Tag am Schwarzenbergplatz, wo am Denkmal der 18.000 gefallenen sowjetischen Soldaten Kränze niedergelegt wurden - von Vertretern Russlands, der Ukraine und Weißrusslands. Ich lernte vier fast 90-jährige Menschen aus Russland beziehungsweise Lettland kennen, die Wien mitbefreit haben. Sie waren enttäuscht, daß niemand von den offiziellen Stellen der Stadt Wien es der Mühe wert gefunden hat, ebenfalls der Opfer zu gedenken - ohne die wir heute vielleicht nicht im schönen Österreich leben würden. Auch die Zeitungen haben das Ereignis nicht erwähnt.*

*So wie damals die Nazi-Propaganda über die Russen als „Untermenschen“ so stark gewirkt hat, daß sich viele Wiener vor ihnen versteckten, anstatt sie als Befreier vom Nazi-Faschismus zu begrüßen, besteht dieses Feindbild leider bis heute. Auch in der Politik.*

*Die Anhänger faschistischer Ansichten (verharmlosend „Rechtsextreme“ genannt) bekommen heute aus den verschiedensten Gründen wieder Zulauf in ganz Europa. Es wäre Aufgabe der Medien, darüber objektiv, nicht verharmlosend, zu berichten, darüber aufzuklären, daß Faschismus auch Krieg bedeutet.*

*Vor allem die Jugend sollte über die Hintergründe des Zweiten Weltkriegs informiert werden. Ein guter Anlaß wäre der 65. Jahrestag der Befreiung Wiens gewesen.*

## **EINLADUNG**

Nach seinem Vortrag über die  
BLAUE DIVISION

spricht

## **Herminio Redondo**

auf vielfachen Wunsch über

## **DER SPANISCHE BÜRGERKRIEG**

Donnerstag, 26. August 2010,  
19.00 Uhr

*Achtung! Geänderter Vortragsort!*

Kultursaal der Österreichischen  
Landsmannschaft  
Fuhrmannngasse 18 a, 1080 Wien,

Geschlossene Veranstaltung, diese  
Einladung ist mitzubringen.

## **Da hat er vollkommen recht!**

Ariel Muzicant lehnt - gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend und dem EU-ÖVP-Abgeordneten Othmar Karas - das Frauenbild von Barbara Rosenkranz ab. Also darum möchten wir aber sehr bitten!

## **Wegweiser**

Jetzt mußt du rechts dich schlagen,  
Schleich dort und lausche hier,  
Dann schnell drauflos im Jagen -  
So wird noch was aus dir.

Dank! doch durchs Weltengewimmel,  
Sagt mir, ihr weisen Herrn,  
Wo geht der Weg zum Himmel?  
Das eine wüßt ich gern.

## Grüne Jugend mit Fördergeld auf dem Drogentrip

Die Grünalternative Jugend - Vorfeldorganisation der Grünen - bekam in den letzten drei Jahren 428.769,90 Euro Fördermittel aus dem Steuertopf. Grundlage dafür ist das Bundes-Jugendförderungsgesetz. Mit den üppigen Finanzmitteln im Gepäck, versucht die Grüne Parteijugend immer wieder auf sich aufmerksam zu machen. Zuletzt durch die Forderung der Legalisierung von Heroin.

109.009,30 Euro wurde der Plattform grünalternativer Jugendorganisationen (GAJ) 2009 als Basis- und Projektförderung vom Jugendministerium überwiesen. Sie erfülle, so der zuständige Minister Reinhold Mitterlehner (ÖVP), alle notwendigen und gesetzlich vorgegebenen Voraussetzungen, die für den Bezug einer Förderung notwendig sind. 2009 warb die Grün-Jugend mit Slogans wie „Wer Österreich liebt muss scheiße sein“ oder „Nimm ein Flaggerl für dein Gackerl“. Pikant: Jene Sprüche waren auch auf einem Infostand der Parteijugend anlässlich des Nationalfeiertages vor dem Naturhistorischen Museum in Wien zu finden. Für den damaligen Bundessprecher der Partei, Alexander van der Bellen, war die Sache „geschmacklos“, die Verantwortlichen hätten noch mit einem Nachspiel zu rechnen.

Mittlerweile sind die Wogen aber wieder geglättet. Die GAJ unterstützt die Wiener Grünen tatkräftig bei der bevorstehenden Gemeinderatswahl im Oktober. In einer Aussendung, die dazu vor wenigen Tagen an 15- bis 20jährige in Wien ergangen ist, ruft die GAJ auf, Heroin zu legalisieren. Wörtlich heißt es dazu in der Begleit-Broschüre zur Kampagne „don't panik - get active“: „Zentrale Forderung ist die Legalisierung ausnahmslos aller Drogen. Drogen sollen von speziell geschultem Personal in sogenannten Drogenfachgeschäften abgegeben werden. Gleichzeitig sollten Räumlichkeiten für den Drogenkonsum bereit gestellt werden. So kann erstens für ein angenehmes Setting gesorgt werden und zweitens können für Fragen und eventuell auftretende Notfälle ausgebildete Personen zur Seite stehen.“

Wie weit die Jugendorganisation zur hiesigen Bundesverfassung steht, zeigt sich auch anhand der Antwort auf eine 2008 gestellte Frage des Jugendministers, was die GAJ machen würde, wenn sie das Jugendministerium über hätte. Als Antwort kam unter anderem folgendes: Sie würde „einen Antrag auf Abschaffung von Regierung und Parlament einbringen“, „Mitbestimmungsrecht ab der Geburt einführen“ und „das Jugendministerium in ein autonomes Zentrum umwandeln“.

Minister Mitterlehner sieht darin keine Verfassungsfeindlichkeit oder Demokratiegefährdung, die zum Entzug der Förderungen führen könnte, wie er jetzt in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage mitteilte.

---

## Religionsunterricht in Wiener Lehranstalt wackelt - Zwei Drittel sind Moslems

Alle reden über die Folgen der demographischen Entwicklung in Österreich. An einer Pflichtschule in Wien kann man jetzt schon einen Blick in eine wohl nicht mehr allzu ferne Zukunft wagen: Nur noch zwei (!) Katholiken finden sich in dieser Lehranstalt - zu wenig, um für sie überhaupt noch Religionsunterricht anzubieten.

Bittere Realität in einer Volksschule in Wien-Brigittenau: In neun Klassen, unter rund 200 Buben und Mädchen, gibt es nur noch zwei katholische Kinder. Die überwiegende Mehrheit, also zwei Drittel, sind Moslems. Während sie eifrig den Koran pauken, schaut das Duo quasi durch die Finger.

Im Herbst findet daher erstmalig an einer Volksschule voraussichtlich kein katholischer Unterricht mehr statt. Einzige Alternative: Die Katholiken müssen auspendeln. „Die Direktion hofft, daß sich noch jemand für eine Kleinstgruppe findet“, erklärt Bezirksschulinspektor Walter Gusterer.

„Wir haben, was den katholischen Religionsunterricht betrifft, schon längere Zeit Sorgen, weil es in manchen Bezirken nur noch wenig katholische Kinder gibt. Zum Teil werden sie bereits klassen- oder jahrgangsübergreifend zusammengefaßt“, erklärt Dr. Christine Mann vom Schulamt der Erzdiözese Wien. Dies geht natürlich auf Kosten der Schulkultur und der Zeit der Religionslehrer, die von einem Ort zum andern hetzen.

Die Expertin: „Man muß auf diese demographischen Entwicklungen pädagogisch richtig reagieren. Dazu sind wir mit dem Stadtschulrat und mit fast allen gesetzlich anerkannten Religionen in regelmäßigem und freundschaftlichen Gespräch.“

---

**Wiener Beobachter, Folge 235** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: [kontakt@wienerbeobachter.at](mailto:kontakt@wienerbeobachter.at), Internetz: [www.wiener-beobachter.at](http://www.wiener-beobachter.at), [www.afp-aktiv.info](http://www.afp-aktiv.info);

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. \* Vertragsnummer: GZ 02Z031542M \* Erscheinungsort: Wien \* Verlagspostamt: 1170 Wien

Konto: 00002394965, BLZ: 60000, Dr. Horst Ludwig, 1170 Wien